



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 10.02.2015

Niederschrift

über die **4. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 20.01.2015, 16:02 Uhr bis 18:07 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Reinhard Houben	FDP
Herr Peter Kron	SPD
Herr Horst Noack	SPD
Herr Jochen Ott	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU
Herr Dirk Michel	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW

Frau Ina Vera Ast AfD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Frau Dr. Ute Symanski	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Frau Helga Blömer-Frerker	CDU
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Graf	GRÜNE
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Eva Herr	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Ricarda Mauksch	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB
Herr Dr. Norbert Reinkober	NVR

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
----------------------	--------------------------

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 4. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 13.01.2015 betr.
E-Scooter-Verbot in der KVB
AN/0057/2015
- 1.2 Gem. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.01.2015 betr.
Solarradwege für Köln
AN/0078/2015
- 1.3 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr.
Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
AN/0079/2015
- 1.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.01.2015 betr.
Städtischer Verkehrs-Service im Weihnachtsverkehr 2014
AN/0056/2015
Tischvorlage
- 1.5 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2015 betr.
Ausbau der L 150 zwischen Meschenich und Godorf
AN/0089/2015
Tischvorlage
- 1.6 Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.01.2015 betr.
Rheinuferstraße / Schönhauserstraße - Stresstest
AN/0155/2015
Tischvorlage
- 6.2 Sanierung des Geh- und Radweges entlang des Rheinufers unterhalb der Uferstraße, Köln-Rodenkirchen
hier: Mündliche Nachfrage zum Jahresbericht des Verkehrsausschusses aus der Sitzung vom 28.10.2014, TOP 7.5
3906/2014
Tischvorlage

- 7.5 AGFS e. V. verlängert Kölner Mitgliedschaft
3812/2014

Tischvorlage

Er schlägt vor, die TOP

- 1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 13.01.2015 betr.
E-Scooter-Verbot in der KVB
AN/0057/2015

und

- 1.3 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr.
Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
AN/0079/2015

zusammen zu behandeln und zudem, den TOP

- 7.2 ÖPNV-Förderung und -Finanzierung
Mündlicher Vortrag von Herrn Dr. Reinkober/NVR

vorzuziehen, da Hr. Dr. Reinkober einen Anschlusstermin habe.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden; es ergibt sich somit folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines Sachkundigen Einwohners

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 13.01.2015 betr.
E-Scooter-Verbot in der KVB
AN/0057/2015

- 1.2 Gem. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.01.2015 betr.
Solarradwege für Köln
AN/0078/2015

1.3 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr.
Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
AN/0079/2015

1.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.01.2015 betr.
Städtischer Verkehrs-Service im Weihnachtsverkehr 2014
AN/0056/2015

1.5 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2015 betr.
Ausbau der L 150 zwischen Meschenich und Godorf
AN/0089/2015

1.6 Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.01.2015 betr.
Rheinuferstraße / Schönhauserstraße - Stresstest
AN/0155/2015

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Errichtung einer Lärmschutzwand für den Abschnitt der A 57 im Blücherpark;
Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 27.03.2014, AN/0270/2014
3125/2014

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen
3798/2014

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Herausnahme der Brücke Perlengraben aus dem Schuldendienst der Nord-Süd Stadtbahn sowie Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln
3059/2014

5.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
3554/2014

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik
hier: Mündliche Nachfrage von RM Dr. Symanski aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.10.2014, TOP 4.2
3796/2014
- 6.2 Sanierung des Geh- und Radweges entlang des Rheinufer unterhalb der Uferstraße, Köln-Rodenkirchen
hier: Mündliche Nachfrage zum Jahresbericht des Verkehrsausschusses aus der Sitzung vom 28.10.2014, TOP 7.5
3906/2014

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007
3102/2014
- 7.2 ÖPNV-Förderung und -Finanzierung
Mündlicher Vortrag von Herrn Dr. Reinkober/NVR
- 7.3 Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen der Sanierung
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, AN/0084/2014
und Änderungsantrag der CDU-Fraktion, AN/0162/2014
1648/2014
- 7.4 Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Abstellanlage für Stadtbahnfahrzeuge der KVB AG mit Zulaufstrecke auf dem Gelände der Hauptwerkstatt in Köln-Weidenpesch
3877/2014
- 7.5 AGFS e. V. verlängert Kölner Mitgliedschaft
3812/2014

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Ausbau des Alten Deutzer Postweges
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.2 Neue Litfaßsäule im Bezirk Lindenthal
Anfrage der SE Blömer-Frerker
- 8.3 Vorgehensweise beim aktuellen Bürgerhaushalt
Anfrage des RM Dr. Symanski

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines Sachkundigen Einwohners

Herr Bernd Fahlenbock und Herr Horst Ladenberger als sein Vertreter wurden in der Ratssitzung am 13.11.2014 auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige Einwohner in den Verkehrsausschuss gewählt und werden vom Ausschussvorsitzenden Wolter mit folgendem Text verpflichtet:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Mitglieder des Verkehrsausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 13.01.2015 betr. E-Scooter-Verbot in der KVB AN/0057/2015

Hinweis: Die Anfrage wird zusammen mit TOP 1.3, Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr. Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), behandelt.

Vertreter aller Fraktionen und Gruppen machen nachdrücklich und auch sehr kritisch deutlich, dass sie die von der KVB für alle sehr überraschend getroffene Regelung, E-Scooter nicht mehr in Bussen und Bahnen zu befördern, nicht akzeptieren können und eine kurzfristige Lösung erwarten. Langfristig sollte hier auch bei Neuanschaffungen auf die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Personen geachtet werden.

SE Fahlenbock als Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und als Betroffener bedankt sich für die breite Unterstützung im hiesigen Ausschuss. Er argumentiert, dass das in Rede stehende Gutachten ausschließlich auf Busse und nicht auf Bahnen ausgerichtet sei, es keinen Unterschied zwischen E-Scootern und Elektrorollstühlen mache und auch die vor etlichen Jahren durchgeführten Versuche wenig realitätsnah erscheinen bzw. zu falschen Schlussfolgerungen führe. Das von der KVB nun geforderte Zertifikat für eine Beförderung erfüllen selbst die meisten Elektrorollstühle nicht. Er könne das befürchtete Horrorszenario auch aufgrund seiner nun 17jährigen ausschließlich positiven Erfahrung nicht nachvollziehen; bei festgestellter Bremse könne seines Erachtens nichts passieren.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass eine ausführliche Beantwortung noch schriftlich erfolgen werde; heute möchte er lediglich kurz und grundsätzlich Stellung beziehen. Er versichert nachdrücklich, dass die KVB das Beförderungsverbot in keiner Weise leichtfertig oder unüberlegt ausgesprochen habe; hier gehe es jedoch um das Wohl aller Fahrgäste und aufgrund des Gefährdungspotenzials, das das Gutachten ausdrücklich bescheinige, könne das Beförderungsverbot insofern nicht zurückgenommen werden. Ein Ignorieren der Empfehlung der Gutachter hätte im gegebenen

Fall sowohl zivil- als auch strafrechtliche Haftungsfragen nach sich gezogen. Die KVB sei allerdings zuversichtlich und positiv gestimmt, dass man künftig eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung finden werde. Er macht überdies auf zwei weitere in Auftrag gegebene Gutachten aufmerksam, deren Ergebnisse – voraussichtlich Ostern - zunächst abgewartet werden müssen.

**1.2 Gem. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.01.2015 betr.
Solarradwege für Köln
AN/0078/2015**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der nächsten Sitzung.

**1.3 Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr.
Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
AN/0079/2015**

***Hinweis:** Die Anfrage wird zusammen mit TOP 1.3, Gem. Anfrage der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie FDP vom 14.01.2015 betr. Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), behandelt.*

**1.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.01.2015 betr.
Städtischer Verkehrs-Service im Weihnachtsverkehr 2014
AN/0056/2015**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2015 betr.
Ausbau der L 150 zwischen Meschenich und Godorf
AN/0089/2015**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der nächsten Sitzung.

**1.6 Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.01.2015 betr.
Rheinuferstraße / Schönhauserstraße - Stresstest
AN/0155/2015**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der nächsten Sitzung.

- 2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 **Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 3.1 **Errichtung einer Lärmschutzwand für den Abschnitt der A 57 im Blücherpark;
Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 27.03.2014, AN/0270/2014
3125/2014**

RM Michel teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschluss der BV Nippes gerne folgen würde, jedoch bittet er zuvor um Angabe der ungefähren Kosten.

RM Hammer schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieser Bitte an und möchte zudem wissen, was hier baulich möglich wäre. Eine Entscheidung könnte dann in der kommenden Sitzung getroffen werden.

Seitens der FDP-Fraktion wendet RM Houben ein, dass hier die gesamtstädtische Haushaltssituation berücksichtigt werden müsse und er insofern keinen Spielraum sehe, auf eigene Kosten in Millionenhöhe freiwillig eine Lärmschutzwand zu bauen; wenngleich dies sicherlich wünschenswert sei.

RM Hegenbarth teilt die Auffassung der Bezirksvertretung Nippes, dass hier keine Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben sei und bittet um eine Einschätzung der Verwaltung.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, unterstreicht die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung der Stadt handeln würde und er daher eindringlich vor einem Präzedenzfall warnen möchte. Die Kosten für eine 4 m hohe Lärmschutzwand schätze er ganz grob auf ca. 3 Mio. €, eine qualifiziertere Berechnung könne bis zur nächsten Sitzung erfolgen. Die Zuständigkeitsfrage werde derzeit noch juristisch beim Amt des Oberbürgermeisters geprüft.

RM Dr. Symanski führt aus, dass auch sie die einstimmig geforderte Lärmschutzwand an dieser Stelle für erforderlich halte und daher ausdrücklich unterstütze.

Vorsitzender Wolter weist darauf hin, dass es neben dem Blücherpark durchaus noch andere Erholungsgebiete gebe, bei denen ein Lärmschutz durch den Bund wünschenswert sei; beispielhaft benennt er hier die Anlage am Decksteiner Weiher, die unmittelbar neben der A 4 liegt.

SE Wiencke regt an, hier auch alternativ über eine einfache Lösung, wie beispielsweise eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 km/h, nachzudenken.

Abschließend bittet RM Ott die Verwaltung um eine Gesamtübersicht, an welchen Autobahnen im Stadtgebiet die Verwaltung zwingend nötige Lärmschutzmaßnahmen vom Bund und vom Land einfordere bzw. plane.

➤ Die Beschlussfassung wird **vertagt**.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen 3798/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Abschluss eines Zeitvertrages zur Beauftragung von unvorhersehbaren Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Erneuerung von Lichtsignalanlagen fest und beauftragt die Verwaltung, das Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Herausnahme der Brücke Perlegraben aus dem Schuldendienst der Nord-Süd Stadtbahn sowie Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln 3059/2014

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die Kostenerhöhung beim Abriss und Neubau der Straßenbrücke zur Überführung der Severinstraße über die Straße „Perlegraben“ in Höhe von 120.600 EUR netto bzw. 143.500 EUR brutto auf 3.133.600 EUR netto bzw. 3.729.000 EUR brutto zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, seine Beschlüsse aus den Ratssitzungen vom 19.11.2009 (Session-Nr.: 4571/2009), vom 01.03.2011 (Session-Nr.: 5389/2010) und vom 14.02.2012 (Session-Nr.: 2334/2011) hinsichtlich der Finanzierungsregelung bezüglich o. g. Straßenbrücke wie folgt abzuändern:

Aus bilanziellen und haushaltsrechtlichen Gründen beschließt der Rat der Stadt Köln eine Herausnahme der Investitionskosten für den Abriss und den Neubau der Brücke Perlegraben aus dem Schuldendienst der Nord-Süd Stadtbahn Köln bei gleichzeitiger Bilanzierung des Bauwerkes im städtischen Anlagevermögen.

Die zur Erstattung der Herstellungskosten an die KVB AG erforderlichen Investitionsmittel i.H.v. 3.729.000 EUR (brutto) sowie die jährlichen bilanziellen Abschreibungen i.H.v. 53.721 EUR werden im Rahmen des HPL-Entwurfs 2015 (ggf. im Rahmen des Veränderungsnachweises) im Teilfinanzplan bzw. Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
3554/2014**

RM Hammer bittet um Erläuterung, warum bei einem Austausch Kosten i.H.v. 5.400 € incl. Fundament und bei Neuerrichtung nur 5.100 € ohne Fundament anfallen. Zudem regt er nachdrücklich an, die neuen Parkscheinautomaten nicht mitten auf Geh- oder Radwegen aufzustellen.

RM Hegenbarth fragt nach, ob die Parkscheinautomaten über Alarmschaltungen verfügen. Weiterhin interessiert ihn die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit; beispielsweise lassen sich die Automaten auch als Ladestationen oder Informationsportal für Touristen über das Display nutzen. Zur Kenntnis geben möchte er, dass die von der Stadt Köln angebotene SMS-Funktion über die Internetseite nicht funktioniert.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass bei den Neueinrichtungen auch Beschilderungen benötigt werden, die gesondert ausgeschrieben werden. Hier werde der beschaffte Automat lediglich beige stellt. Bei einem Austausch hingegen werde ein neues Fundament benötigt, da die Automaten eine andere Dimension haben. Die Verwaltung sei bemüht, verträgliche Standorte außerhalb der Gehwege zu finden, dies gelinge jedoch nicht immer.

Auf die Frage von RM Hegenbarth eingehend legt er dar, dass alle Geräte mit Fernschaltung ausgestattet seien, so dass die Verwaltung immer über die Betriebsbereitschaft im Bilde sei. Die Fragestellung hinsichtlich der Integration weiterer Funktionen könne er zunächst zwar grundsätzlich bejahen. Es müsse jedoch überlegt werden, welche Angebote zu welchen Kosten auf dem Markt und wie sinnvoll sie im Hinblick auf die Nachfrage seien. Er sagt zu, die Frage mitzunehmen und in einer späteren Sitzung zu berichten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 1.597.500 Euro fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.597.500 Euro im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2015

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 Gemeindeordnung NRW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik hier: Mündliche Nachfrage von RM Dr. Symanski aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.10.2014, TOP 4.2 3796/2014

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Sanierung des Geh- und Radweges entlang des Rheinufer unterhalb der Uferstraße, Köln-Rodenkirchen hier: Mündliche Nachfrage zum Jahresbericht des Verkehrsausschusses aus der Sitzung vom 28.10.2014, TOP 7.5 3906/2014

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007 3102/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 ÖPNV-Förderung und -Finanzierung **Mündlicher Vortrag von Herrn Dr. Reinkober/NVR**

Hr. Dr. Reinkober, Geschäftsführer des NVR, referiert anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Sachstand zur ÖPNV-Förderung und –finanzierung (vgl. hierzu Anlage 1 zur Niederschrift) sowie die Auswirkungen auf Köln und das Umland und beantwortet im Anschluss Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Bei der sich anschließenden Diskussion machen Vertreter aller Fraktionen und Gruppen deutlich, dass die vorgetragenen Informationen nicht sehr optimistisch stimmen und eine Stilllegung der städtischen Infrastruktur befürchten lassen. Es besteht Einvernehmen, dass hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um entsprechenden Einfluss auf die Verantwortlichen bei Bund und Land auszuüben und die noch zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung des ÖPNV abzugreifen. Wesentliche Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass nun keine Resignation erfolge sondern vielmehr weiter geplant werde, um zum gegebenen Zeitpunkt gut aufgestellt zu sein. Ggf. müsse auch über alternative bzw. neue Finanzierungsmöglichkeiten wie z.B. den umlagefinanzierten ÖPNV nachgedacht werden.

Auch BG Höing sieht dringenden Handlungsbedarf, insbesondere vor dem Hintergrund des kürzlich vorgestellten Konzepts Mobilität 2025. Bei aller Solidarität anderen Regionen und Städten gegenüber müsse Köln versuchen, seine eigenen immensen Bedarfe zu decken. Sicherlich gehe die Verwaltung bei jedem Projekt auch der Frage nach, ob und inwieweit man in Vorleistung treten könne; angesichts der desolaten Haushaltslage seien die Ressourcen jedoch sehr endlich.

7.3 Barrierefreie Umgestaltung von Fuß- und Radwegbrücken im Rahmen der Sanierung **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, AN/0084/2014** **und Änderungsantrag der CDU-Fraktion, AN/0162/2014** **1648/2014**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM dos Santos Herrmann bedankt sich nachdrücklich bei der Verwaltung für diese ausführliche und informative Mitteilung. Die SPD-Fraktion könne sich der Empfehlung bzw. Priorisierung der Verwaltung, die vier genannten Brücken zügig zu sanieren, anschließen.

Vorsitzender Wolter und RM Hammer schließen sich dem Dank ihrer Vorrednerin ausdrücklich an. RM Hammer bittet noch, auch die Bezirksvertretungen entsprechend zu informieren.

Auch RM Dr. Symanski zeigt sich über die vorgelegte Übersicht in „Bildbandqualität“ sehr erfreut. Sie möchte jedoch betonen, dass die Brücke am Zubringer A 57/Lukasstraße/Gleisdreieck aus ihrer Sicht nicht abgerissen werden sollte, da sie eine wichtige und hoch frequentierte Radwegeverbindung darstelle und die aufgezeigte Alternative diesen Verkehr nicht auffangen könne.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt zu, diese Anregung mitzunehmen und weist darauf hin, dass bei jeder Brückensanierung zunächst ein Planungsbeschluss vorgelegt werde.

7.4 Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Abstellanlage für Stadtbahnfahrzeuge der KVB AG mit Zulaufstrecke auf dem Gelände der Hauptwerkstatt in Köln-Weidenpesch 3877/2014

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Seitens der CDU-Fraktion teilt RM Michel mit, dass diese aus verkehrsrelevanten Gründen keine Einwände gegen diese Maßnahme habe. Dennoch nehme sie die Sorgen der Anwohner hinsichtlich der Lärmbelästigung sehr ernst und erwarte Lösungsvorschläge.

RM Dr. Symanski teilt diese Auffassung nicht und hält keinen der geprüften Standorte für optimal. Sie plädiere für eine erneute Standortsuche.

RM Weisenstein wendet ein, dass es sich lediglich um eine Mitteilung handele und die Stadt nicht diejenige sei, die diese Maßnahme plane sondern vielmehr die KVB. Diese habe alle Optionen eingehend geprüft und auch die Anwohner vor Ort in die schwierige Diskussion mit einbezogen. Lediglich die Politik sei hier ein bisschen spät beteiligt worden. Im Ergebnis werde dieser Standort dringend benötigt, wenngleich er sicherlich nicht optimal sei. Von einem erneuten Aufrollen der Diskussion über Alternativen rate er allerdings dringend ab, dies sei nicht Ziel führend.

Auch RM Houben merkt kritisch an, dass die KVB es hier versäumt habe, mit einem objektiveren Verfahren und einer früheren Einbindung der Politik zu einer eleganten Lösung zu kommen.

7.5 AGFS e. V. verlängert Kölner Mitgliedschaft 3812/2014

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Ausbau des Alten Deutzer Postweges Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann erkundigt sich nach dem Zeitplan zum Ausbau des Alten Deutzer Postweges.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

8.2 Neue Litfaßsäule im Bezirk Lindenthal Anfrage der SE Blömer-Frerker

SE Blömer-Frerker kritisiert, dass auf dem ohnehin nicht sehr komfortablen Fußgängerweg an der kleinen Marktfläche (An der roten Kirche, Gürtel) eine sehr große Litfaßsäule neu installiert wurde. Sie bittet um Mitteilung, ob dies zwischen der Außenwerbung Schroer und dem Fahrradbeauftragten, der auch für die Fußwege zuständig

sei, abgestimmt wurde. Die Bezirksvertretung Lindenthal hätte diesem Standort nicht zugestimmt.

**8.3 Vorgehensweise beim aktuellen Bürgerhaushalt
Anfrage des RM Dr. Symanski**

Auf Nachfrage des RM Dr. Symanski teilt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, mit, dass die für seinen Bereich eingereichten Vorschläge zwischenzeitlich geprüft und nunmehr zur weiteren Bearbeitung an die hier federführend zuständige Kämmerei weitergeleitet wurden. Er gehe davon aus, dass diese für eine der nächsten Sitzungen eine entsprechende Vorlage vorbereite.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

Bürgermeister Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)